

Ermordung eines amerikanischen Journalisten, anhaltende Proteste in Ferguson und eine ungewöhnliche Internetkampagne

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 16. bis zum 23. August 2014

(ms) In dieser Woche dominierten vor allem der Tod des Journalisten James Foley und die Proteste in Ferguson, Missouri, die amerikanischen Schlagzeilen. Außerdem zeigte der Internettrend der „Ice Bucket Challenge“, eine Kampagne, die Aufmerksamkeit für die Nervenkrankheit Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) gewinnen soll, wie Selbstdarstellung in den sozialen Medien effektiv mit einem wohltätigen Anliegen verknüpft werden kann.

Am Dienstag den 19. August veröffentlichte die Terrormiliz Islamischer Staat ein Video, das die Enthauptung des im November 2012 in Syrien entführten amerikanischen Journalisten James Foley zeigt. Am darauffolgenden Tag bestätigte das Weiße Haus die Authentizität der Aufnahmen, und Präsident Obama unterbrach kurzfristig seine Sommerferien um sich in einer Rede an die amerikanische Bevölkerung zu wenden. Er drückte sein Entsetzen über den Tod des Journalisten aus und kündigte an die Luftschläge gegen die Terrormiliz IS weiter fortführen zu wollen. Besagte Luftangriffe, die zur Befreiung der von IS-Kämpfern umstellten Angehörigen der ethnischen Minderheit der Jesiden im Nordirak begonnen wurden, waren, dem Video zu Folge, der Grund für Foleys Ermordung. Zudem drohten die Terroristen einen weiteren entführten amerikanischen Journalisten, Steven J. Sotloff, ebenfalls zu töten, sollten die Angriffe fortgesetzt werden. Die Umstände der Ermordung von James Foley waren der Anlass für eine ganze Reihe von Kontroversen: Nachdem bekannt wurde, dass IS zunächst ein hohes Lösegeld für Foley verlangt hatte, entspann sich eine Debatte um den Umgang mit solchen Erpressungsversuchen. Während die USA grundsätzlich keine Lösegelder an Terroristen zahlen, kaufen viele europäische Länder regelmäßig Geiseln gegen hohe Summen frei. Während die *New York Times* das Hauptproblem darin sieht, dass die USA und Europa keine einheitliche Strategie in Bezug auf terroristische Geiselnnehmer verfolgen, unterstützt die *Washington Post* den Ansatz der US-Regierung: Sowohl Entführungen als auch die Finanzierung von terroristischen Gruppen ließen sich am besten durch Nichtzahlung von Lösegeld einschränken. Es klingt auch Kritik an denjenigen Ländern durch, die, laut *Washington Post*, offiziell behaupteten nicht auf Lösegeldforderungen einzugehen, bei denen jedoch der Verdacht bestehe, dass sie dennoch Staatsbürger freikaufen. Laut einem Artikel in der *L.A. Times* hätte die US-Regierung auch andere Möglichkeiten gehabt als ein Lösegeld zu zahlen, zum Beispiel hätten sie einen Gefangenenaustausch in die Wege leiten können. Demnach wäre Foleys Tod vermeidbar gewesen. Im Umgang mit den grausamen Bildern der Hinrichtung kritisiert die *Washington Post* die beiden Boulevardzeitungen *New York Post* und *New York Daily News* scharf für ihre brutalen Titelbilder; die *Huffington Post* kritisiert ebenfalls die *New York Post*, vor allem, weil sie entgegen den Wünschen der Angehörigen gehandelt habe. Der *Boston Globe* hingegen

verteidigt die Entscheidung des Boulevardblatts mit dem Hinweis, dass sich James Foley selbst dem Aufdecken und Veröffentlichenden von eben solchen Grausamkeiten, wie sie letzten Endes auch an ihm begangen wurden, verschrieben hatte. Präsident Obama war im Verlauf der Woche einiger Kritik ausgesetzt, weil er schon kurz nach der Rede über Foleys Tod und die Situation im Irak zu seinen Ferienaktivitäten zurückkehrte. Dies wurde selbst von Angehörigen der Demokratischen Partei und anderen Sympathisanten als gefühllos und geschmacklos interpretiert. Die *Washington Post* weist jedoch darauf hin, dass sich auch frühere Präsidenten schon dagegen entschieden hätten ihre Ferien wegen Krisensituationen abbrechen und hält die Vorwürfe für grundlos. Der Argumentation der *New York Times* folgend, müsse man die Vorwürfe der Gefühllosigkeit und des Nicht-Eingreifens stärker trennen als es viele Kommentatoren tun: Auch wenn man das Verhalten des Präsidenten als unangemessen empfinde, habe dies nichts mit seiner Fähigkeit zum politischen Handeln zu tun. Diese bliebe auch in den Ferien durch die mitgereisten Angestellten des Weißen Hauses gewährleistet. Zudem dürften dem politischen Handeln des Präsidenten nun einmal im Angesicht einer solchen Tragödie nicht seine persönlichen Gefühle zu Grunde liegen, sondern rationale Erwägungen bezüglich dessen, was im Rahmen der politischen Situation angemessen sei.

Auch in dieser Woche setzten die Einwohner der Kleinstadt Ferguson in Missouri ihre Proteste gegen Rassismus und willkürliche Gewalt durch die Polizei fort. Nachdem noch zu Beginn dieser Woche mehrfach von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei berichtet wurde, verliefen die Demonstrationen in den letzten Tagen größtenteils friedlich. Nach wie vor wurde keine offizielle Anklage gegen den Polizeibeamten Darren Wilson erhoben, dessen tödliche Schüsse auf den unbewaffneten schwarzen Teenager Michael Brown die Proteste ausgelöst hatten. Laut der *Washington Post* könnten sich die Ermittlungen über Monate hinziehen und selbst dann sei eine Anklage oder gar Verurteilung ungewiss. Am Mittwoch besuchte US-Justizminister Eric H. Holder Ferguson um sich persönlich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen und um zu zeigen, dass die Regierung des Präsidenten die Situation ernst nimmt. Die *New York Times* stellt in einem analytischen Artikel den Kontrast zwischen den beiden „mächtigsten Afro-Amerikanern der Nation“ dar, insbesondere im Umgang mit ethnischen Problemen. Demnach sei Holder während seiner gesamten Karriere wesentlich aktiver gegen Diskriminierung vorgegangen und scheue sich auch, im Gegensatz zum Präsidenten, nicht die Probleme, mit denen viele Schwarze noch immer zu kämpfen haben, in klaren Worten anzusprechen. Untermalt wird diese Darstellung durch die Tatsache, dass Holder die gemeinsamen Ferien mit dem Präsidenten abbrach um nach Ferguson zu reisen, während Obama selbst, trotz der immer wieder aufkommenden Forderung ebenfalls den Krisenort zu besuchen, seine Ferien fortsetzte. Das Magazin *The Atlantic* veröffentlichte einen Aufruf an die mehrheitlich afro-amerikanischen Einwohner Fergusons die ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel zu nutzen, um ihre zum größten Teil weiße und von *The Atlantic* als inkompetent kritisierte Lokalregierung auszuwechseln, statt sich an den allnächtlichen Protesten zu beteiligen.

Im Internet verbreitete sich die sogenannte „Ice Bucket Challenge“ (wörtliche Übersetzung: „Eiskübel Herausforderung“) innerhalb von nur einer Woche so rasant, dass

sich auch bald Prominente wie Oprah Winfrey, Lady Gaga , Bill Gates und der ehemalige Präsident George W. Bush mit einem Eimer voll eiskaltem Wasser übergossen. Das Prinzip ist einfach: Eiswasser vor laufender Kamera über den Kopf schütten, das Ganze auf Facebook oder einem anderen sozialen Netzwerk hochladen und dann Bekannte herausfordern das gleiche zu tun oder Geld an eine von mehreren Stiftungen zur ALS Forschung zu spenden. Tatsächlich sind die Spendeneinnahmen der Stiftungen dramatisch gestiegen, wie die *Huffington Post* euphorisch verkündet. Des Weiteren lobt sie die Kampagne dafür, dass sie eine Krankheit, die „viel zu deprimierend um darüber zu sprechen“ sei, aus dem „Reich der Tabus“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit geholt habe. Der *Boston Globe* ist eher kritisch eingestellt: Es existierten andere Krankheiten, die wesentlich mehr Menschen betreffen und für die es ebenfalls viel zu wenig Aufklärungsarbeit und Spendengelder gäbe. Zudem sei das Prinzip der Nominierungen mit eingebauter „Strafe“ durch Gruppenzwang nicht mit dem Prinzip des Spendens aus Nächstenliebe vereinbar. In der *Washington Post* wird die Challenge als Ersatz zum wirkungsvollen Handeln in einer guten Sache und als reine Selbstinszenierung aufgefasst, solange die teilnehmende Person nicht, wie viele der prominenten Teilnehmer, zusätzlich trotzdem spendet.

Quellen:

www.bostonglobe.com

www.huffingtonpost.com

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.theatlantic.com

www.washingtonpost.com